Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 101 (Evang.: Sigismund) Emmendingen, Freitag, 2. Mai 1919. (Kath.: Athanasius) 54. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. **Weimar**, 30. April. In der heutigen Nachmittagssitzung hat der württembergische Ministerialdirektor Sigel, das Verordnungsrecht der Postverwaltung in der Verfassung vollkommen zweifelsfrei darzustellen. Die württembergische Postverwaltung sei bereit, auf ihr Reservatrecht zu verzichten, wenn das Gleiche pari passu auch von der Eisenbahnverwaltung geschehe.

WTB. **Weimar**, 1. Mai. Die Fraktion der deutschen Volkspartei der Nationalversammlung in Weimar hat beim Präsidenten Fehrenbach die Einberufung der Nationalversammlung schon auf Montag beantragt mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem seitens der Polen beabsichtigten Vorstoß gegen deutsches Gebiet in Posen und Oberschlesien.

WTB. **Kattowitz**, 30. April. Der Staatssekretär für Oberschlesien hat im Einverständnis mit dem Kommandierenden General des 6. A. K. zwei Verordnungen über die vom Belagerungszustand betroffenen Gebiete des Regierungsbezirks Oppeln erlassen. Die erste verpflichtet alle männlichen Einwohner vom vollendeten 17. bis 25. Lebensjahre, auf Aufforderung der Kommunalbehörden alle ihnen zur Aufrechterhaltung der gemeinnützigen Betriebe (Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Verkehrsanstalten, Gruben 2c.) zugewiesenen Arbeiten bei Strafe von Gefängnis bis zu einem Jahre oder bis 1500 Mark Geldstrafe zu leisten. Die andere macht Druck und Verbreitung von Anschlägen, Extrablättern, Flugblättern, Handzetteln und ähnlichen nicht periodisch erscheinenden Schriften und von neuerscheinenden periodischen Blättern von der Erlaubnis der Ortsbehörde abhängig.

Die Stellung Bayerns zur neuen Reichseinheit.

WTB. **Weimar**, 30. April. Bei der Beratung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung über die Bestimmungen über die Eisenbahnen erklärte der bayerische Gesandte Dr. Preger, Bayern habe sich zu dem Grundsatz der Reichseisenbahn bekannt. Aber erst müssen alle Einzelfragen gelöst werden, ehe es auf seinen Eisenbahnbesitz zu Gunsten des Reiches verzichten kann. Es ist neuerdings bereit, auf seine Militärhoheit unter gewissen Voraussetzungen zu verzichten und es ist bereit, sein Biersteuerreservat im Falle einer entsprechenden Ablösung aufzugeben.

Die Vorgänge in Bayern.

WTB. Bamberg, 1. Mai. Ein am 30. April abends aufgenommener Funkspruch aus München meldet: Neuer Aktionsausschuß zusammengetreten. Will in Besprechungen eintreten. Stellt Waffenhandlungen umgehend ein. Wir stellen sie ein, wenn Truppen der Regierung Hoffmann das Weichbild der Stadt nicht betreten, da Aktionsausschuß keine Garantie übernehmen kann, daß Einmarsch nicht zu blutigen Straßenkämpfen führt. — Die Antwort der Regierung Hoffmann lautet darauf: Bedingungen unannehmbar. Leget Waffen nieder. Jeder Widerstand nutzlos. Regierung Hoffmann.

WTB. Stuttgart, 1. Mai. Bei der Staatsregierung ist folgender Funkspruch aus München eingegangen: Heute abend ist als erste Regierungstruppe die Volkswehrkompagnie Regensburg unter Führung von Leutnant Sägmüller unter Kampf in München eingezogen. Die Residenz ist besetzt.

WTB. **Wien**, 1. Mai. In Kufstein ging vom österreichischen Handelsmuseum in München telephonisch folgende Meldung ein: Heute vormittag marschierten die Truppen der Regierung Hoffmann in München unter heftigen Kämpfen ein. Die Straßenkämpfe dauern noch an, es ist aber anzunehmen, daß sie bis abends beendet sein werden. Die bewaffneten Arbeiter legten die Waffen und die roten Armbinden ab. Die Truppen sind unter unbeschreiblichem Jubel eingezogen.

WTB. **Starnberg**, 30. April. Nach einem amtlichen Bericht haben die Truppen Epp den Bahnhof Possenhafen nach kurzem Kampf genommen. Die Spartakisten hatten zwanzig Tote und zwei Schwerverwundete. Poecking wurde ohne Kampf besetzt. Ein Maschinengewehr und zahlreiche Handwaffen wurden erbeutet. Die Gesamtverluste der Spartakisten betragen etwa 50 Mann, keine eigenen Verluste.

WTB. **Augsburg**, 1. Mai. Nach den neuesten Meldungen rücken die Regierungstruppen immer näher an die Landeshauptstadt heran. Der südwestlichste Vorort von München, Pasing, ist bereits in der Gewalt der Regierungstruppen.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß

WTB. **Bern**, 1. Mai. Ein Mitarbeiter des Corriere della Sera drahtet, daß bis Mittwoch nachmittag die diplomatische Lage sich nicht geändert habe, daß es also in den letzten Tagen nicht gelang, die zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau bestehenden Auffassungen auszugleichen und einen neuen, den italienischen Ansprüchen gerecht werdenden Vorschlag zu formulieren.

WTB. **Bern**, 1. Mai. Die gestrige Besprechung zwischen Nelson Page und Parrere einerseits und Orlando und Sonnino andererseits sowie die zweistündige Unterredung des letzteren mit dem König werden in der italienischen Presse viel beachtet. Sie hatten gestern zu dem alsbald für falsch erkannten Gerücht Anlaß gegeben, daß die Rückreise der italienischen Delegierten unmittelbar bevorstehe. Die Mailänder Blätter betonen vielmehr einmütig, daß noch jede Entscheidung in der Schwebe sei. Von einer Rückreise könne keine Rede sein, solange die italienische Regierung nicht eine gangbare Basis besitze, die eine erfolgreiche Wiederaufnahme der Verhandlungen verspreche. Man erwartet jedoch, daß befriedigende Erklärungen aus Paris schon heute, Donnerstag, in Rom eintreffen. Auch die römische, Orlando nahestehende Epoca erklärt es für selbstverständlich, daß vorerst die italienische Delegation Rom nicht verlassen werde.

WTB. **Paris**, 1. Mai. Der Rat der drei Regierungsoberhäupter hielt heute eine Sitzung ab. Er regelte die Frage von Kiautschau, indem die japanischen Forderungen befriedigt wurden. Japan erhält also freies Verfügungsrecht über Kiautschau. Durch den Vorfriedensvertrag wird Deutschland das Gebiet von Kiautschau an Japan abtreten, das seinerseits später dieses Gebiet an China abtreten wird. Die anderen Abmachungen zwischen Japan und China bleiben einer Regelung zwischen den beiden Staaten vorbehalten. Am Nachmittag beschäftigte sich der Rat mit den belgischen Forderungen finanzieller Natur. Gleichzeitig wurde in Brüssel ein wichtiger Ministerrat abgehalten. Das Kabinett berief über den Meinungsaustausch zwischen dem Dreierrat und den belgischen Delegierten in Paris. Die drei Minister werden sich nach Paris begeben, um den dortigen Delegierten und Bevollmächtigten genaue Instruktionen zu geben. Am Nachmittag traten die Außenminister zusammen. Die deutschen Bevollmächtigten wurden im Trianon-Schloß zusammenberufen. Während des Morgens nahm die von Jules Cambon präsidierte Kommission die Prüfung der Vollmachten der deutschen Delegierten vor. In Konferenzkreisen bestätigt sich die Nachricht, daß die Friedenspräliminarien den deutschen Delegierten nicht vor nächsten Montag vorgelegt werden können. Die Redaktionskommission hat den Vertrag nahezu beendet.

Die Friedensverhandlungen in Versailles

WTB. **Versailles**, 1. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages war dem Grafen Brockdorf-Rantzau im Auftrag unserer Gegner telefonisch mitgeteilt worden, daß heute im Hotel Trianon die Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen zur Prüfung der Vollmachten eintreffen würde und daß der Graf aufgefordert werde, sich dort mit den deutschen Vollmachten einzufinden. Die Zusammenkunft fand heute nachmittag um 3.15 Uhr im Hotel Trianon statt und zwar in ausgesucht korrekten Formeln und unter voller Wahrung der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit. Graf Brockdorf-Rantzau, die Mitglieder der Prüfungskommission und Justizrat Schauer als Dolmetscher wurden bei ihrer Ankunft zu den Delegierten der Gegner geleitet. Botschafter Cambon begrüßte sie mit einer kurzen Ansprache, auf die Graf Brockdorff-Rantzau in deutscher Sprache erwiderte. Er stellte den Reichsjustizminister Landsberg vor, der hierauf die übrigen Mitglieder der Kommission und Herrn Schauer vorstellte. Cambon stellte seinerseits die ihn begleitenden Vertreter der Großmächte vor. Er bat dann um die Vollmachten. Graf Brockdorff-Rantzau veranlaßte Herrn Minister Landsberg, die Vollmacht Herrn Cambon zu überreichen, der wiederum die Vollmachten unserer Gegner Herrn Justitiar Gauß einhändigen ließ. Unter den der deutschen Prüfungskommission vorliegenden Urkunden fehlen die von Italien, Costarica und Montenegro. Die Vollmacht Serbiens ist im Namen des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen ausgestellt. Auf der anderen Seite sind Vollmachten vorgelegt für Bolivien und Peru, die uns nicht den Krieg erklärten, sondern nur die Beziehungen zu uns abgebrochen haben, und von dem arabischen Staat Hedschas, der uns weder den Krieg erklärt hat noch von uns als selbständiger Staat anerkannt ist. Die Vollmachten von Hedschas werden wir nur unter dem Vorbehalt anerkennen können, daß die Beziehungen zwischen diesem Staat und der Türkei in einer von unserem ehemaligen Bundesgenossen anerkannten Weise geklärt wird. Auf die Anerkennungen der deutschen Vollmachten darf gerechnet werden. Die Vollmacht der deutschen Delegation ist eine Generalvollmacht.

Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich.

WTB. **Versailles**, 1. Mai. Der Temps meldet, daß der Friedensvertrag nahezu beendet sei und der Druck in zwei Sprachen, der französischen und englischen, begonnen habe. Er werde einen Quartband von 350 Seiten ergeben. — Ferner erfährt der Temps, es sei grundsätzlich beschlossen worden, daß die nach dem Waffenstillstand in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen durch den Vorfriedensvertrag Deutschland zurückgegeben werden. Dieses verpflichtet sich dagegen, eine gewisse Anzahl Handwerker und gelernte Arbeiter nach Frankreich zu schicken, um die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete zu fördern.

Sonstige Meldungen.

WTB. **Wien**, 1. Mai. Die Maifeier ist in Wien und auch im übrigen Deutsch-Oesterreich nach den bisher vorliegenden Berichten überall ruhig verlaufen.

WTB. **Wien**, 1. Mai. Korr.-Büro. Ein Funkspruch aus Budapest meldet: Der Volkskommissar für Aeußeres, Bela Kun, sandte an alle Arbeiter der Welt einen Funkspruch, in dem er mitteilt, daß er heute der tschecho-slowakischen, der südslawischen und der rumänischen Regierung eine Note gesandt habe, in der er namens der ungarischen Räteregierung erklärte, daß sie alle territorialen und nationalen Ansprüche der genannten Regierungen anerkenne, dafür aber die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Nichteinmischung in die inneren ungarischen Angelegenheiten, ferner den Transitverkehr und den Abschluß von Hirtschaftsverträgen fordere. Wenn die genannten Regierungen es mit den bisherigen Versicherungen ernst nehmen, könne der Frjedenszustand zwischen ihnen und Ungarn von dieser Stunde an hergestellt werden.

WTB. **Spalato**, 29. April. Südslawisches Pressebüro. Aus Zara und Sebenjico wird gemeldet, daß die Italiener Truppen und Kriegsmaterial landen. Die Truppen marschieren gegen Osten. In der Demarkationslinie ziehen die Italiener Verstärkungen heran.

WTB. **Christiania**, 30. April. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der norwegischen Regierung wegen Lieferung von norwegischen Heringen nach Deutschland sind beendet. Es wurde Einigung erzielt. Das Angebot umfaßt insgesamt 1 350 000 Tonnen. Die Preise werden nunmehr den Regierungen zur Begutachtung vorgelegt.

WTB. **Paris**, 30. April. Havas. Wie der Matin meldet, haben die Bank- und Börsenangestellten beschlossen, am 1. Mai in den Generalstreik zu treten, da ihre Forderungen nicht erfüllt worden sind.

WTB. **Washington**, 30. April. Reuter. Das Schatzamt hat Italien weitere 50 Millionen Dollar zur Bezahlung der Einkäufe von Munition und Lebensmittel in Amerika geliehen.

Heimkehr der Elsaß-Lothringer.

WTB. **Berlin**, 28. April. Zivilpersonen altelsässischer oder altlothringischer Abstammung, die nach Elsaß-Lothringen zurückzukehren wünschen, bedürfen hierzu keiner Genehmigung der deutschen Behörden. Sie wenden sich am zweckmäßigsten an den Delegierten Koch in Frankfurt a. M., Schornhorststraße 50, der mit der Rückbringung der Elsaß-Lothringer befaßt ist. Die französischen Behörden fordern vor der Einreise nach Elsaß-Lothringen die Ablegung einer etwa dreiwöchigen Quarantänezeit in Sammellagern von Rastatt und Grießheim. Dort wird freie Unterbringung und Verpflegung gewährt. Altelsässische u. altlothringische Abstammung im Sinne dieser Ausführungen liegt nur dann vor, wenn die betreffenden Personen oder ihre Eltern vor 1870 Franzosen waren. Entlassene elsaß-lothringische Soldaten gelten nicht als Zivilpersonen. Sie werden von ihren Truppenteilen in Marsch gesetzt.

Zur Lage im Osten.

WTB. **Amsterdam**, 1. Mai. Die Times meldet, daß Petersburg von den Bolschewisten geräumt wird. Die Bolschewisten halten die Einnahme von Olonetz durch die Finnen vor der Bevölkerung von Petersburg geheim. Die Finnen erwarten den Fall Petersburgs mit Bestimmtheit innerhalb weniger Wochen.

Aufhebung aller schwarzen Listen.

Haag, 26. April. Das Korrespondenzbüro erfährt, daß die die schwarzen Listen betreffenden Bestimmungen am 28. April um Mitternacht außer Kraft treten.

Man darf, so fügt die „Frankfurter Zeitung" dieser Meldung hinzu, die jetzige Entschließung des Obersten Wirtschaftsrates in Paris, wenn sie in der vorliegenden absoluten Form richtig ist, als eine Vorbereitung der Aufhebung der Blockade betrachten, die uns der Friedensschluß bringen soll. Leider zeigen sich in einigen Ländern, so u. a. in Belgien, Frankreich und auch in England recht deutlich Boykottgelüste, die erkennen lassen, daß eine Verschleppung der Ideen und Kampfsitten der Kriegszeit auf die Friedensperiode hier und dort noch immer ernstlich betrieben wird, trotz Vertrag u. trotz der Völkerbundsideen, mit denen das Friedenswerk seinen Abschluß erlangen soll.

Bekanntlich entwickelte sich aus den Schwarzen Listen sehr bald eine allgemeine Aktion gegen den deutschen Kaufmann, Angestellten, Arbeiter, auch in den neutralen Ländern, die in zahllosen Fällen um ihr Brot kamen. Gezwungen fügten sich die Neutralen diesem Druck. Doch auch die Neutralen selbst hatten unter dem Listensystem und der damit verbundenen Handels-Spionage schwer zu leiden.

Landeskonferenz der sozialdemokrat. Partei Badens.

oc. **Karlsruhe**, 30. April. Am Montag fand hier eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Badens statt, zu deren Beginn Abg. Maxum den Tätigkeitsbericht der so-

Baldemokratischen Fraktion in der badischen Nationalversammlung erstattete, wobei er hauptsächlich das Verfassungsgesetz, das Abfindungsgesetz mit dem Großherzog und die Regierungserklärung behandelte. Die von Oberländer Parteigenossen seinerseits beschlossenen Resolutionen, die sozialdemokratische Fraktion solle die Grundsätze der Partei verletzt und müsse ihre Politik mehr nach links richten, bezeichnete der Redner als durchaus begründet. An das Referat schloß sich eine Aussprache, in der von verschiedenen Rednern gewünscht wurde, man möge den Verleumdung Unabhängigen energischer entgegentreten. Die Abfindung mit dem Großherzog wurde im allgemeinen gebilligt.

An der Aussprache beteiligte sich auch Minister Rückert, der u. a. mitteilte, an der Aufteilung des Großgrundbesitzes werde gearbeitet. Diese Frage lasse sich allerdings nicht in wenigen Tagen erledigen. Eine Aufteilung in Parzellen, wie sie von manchen Landwirten gewünscht wird, werde die Regierung nicht machen. Die badische Regierung werde die Energiequellen Badens ohne Rücksicht auf das Reich zusammenfassen und verstaatlichen. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Landeskonferenz ihr Einverständnis mit der bisherigen Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion erklärte. Die Fraktion werde künftig die Aufgabe haben, die Sozialisierung der Zweige des Wirtschaftslebens, die dafür reif sind, in die Wege zu leiten. Des weiteren möge die Fraktion ihren ganzen Einfluß geltend machen, um eine Beseitigung der unerhörten Wohnungsnot und einen Abbau der Lebensmittelpreise herbeizuführen.

In einer weiteren Entschließung erklärte die Landeskonferenz, sie sei zu jeder Zeit bereit, zur Einigung des Proletariats die Hand zu bieten. Die Einigungsbestrebungen könnten aber nur dann von Erfolg sein, wenn sie von den maßgebenden Parteivertretungen aller in Frage kommenden Parteien geführt würden.

Nach einem Bericht über den Rätekongreß in Berlin wurde den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten der Dank ausgesprochen und in einer Entschließung betont, für die weitere Tätigkeit der Arbeiterräte müßten durch Zusammenwirken der Partei, der Gewerkschaften und Regierungen geeignete gesetzliche Grundlagen geschaffen werden.

Am Schluß der Beratungen referierte Abg. Oskar Geck-Mannheim über den Zusammenschluß von Baden und Württemberg, den er eingehend befürwortete. Ein Beschluß über diese Frage wurde nicht gefaßt.

Vermischte Nachrichten.

WTB. Bern, 30. April. Wie die „Tribune de Lausanne" meldet, hat ein großes Südfrüchtehaus in Lausanne aus Avignon eine Depesche erhalten, wonach der Frost in den letzten Tagen enorme Schäden im Rhonetal angerichtet hat. Die Obst- und Gemüseernte ist stark gefährdet.

WTB. Washington, 1. Mai. Reuter. Von den Postbehörden wird bekannt gegeben, daß in Postsendungen siebzehn Höllenmaschinen entdeckt wurden, die an hochstehende Beamte, darunter Kabinettsmitglieder, adressiert waren.

WTB. Newyork, 1. Mai. In San Salvador hat sich am 28. April ein Erdbeben ereignet, das so stark war wie das im Jahre 1917. Es sind noch keine Einzelheiten bekannt.

Aus Baden.

Zur Neuorganisation der Kommunalverbände.

oc. Karlsruhe, 28. April. Das Ministerium des Innern hat sich in der letzten Zeit eingehend mit der Frage einer Organisation der Kommunalverbände beschäftigt und zu den Beratungen auch den parlamentarischen Ernährungsbeirat beigezogen. Im Ministerium des Innern neigt man zu der Auffassung, es sollten die Geschäfte der Kommunalverbands-Ausschüsse direkt dem Bezirksrat übertragen werden. Letztere werden in der nächsten Wochen aufgrund allgemeiner Volkswahlen neu zusammengesetzt. In ihnen werden dann alle Berufsschichten und politischen Richtungen vertreten sein. Im neuen Bezirksrat kommt bei den Entscheidungen das allgemeine Interesse viel mehr zur Durchbruch, als dies heute im Kommunalverband der Fall ist. Allerdings wird man den Sachverständigen-Rat der Interessenten des Handels, des Gewerbestandes, der Produzenten und Verbraucher nicht entbehren können. Zu diesem Zweck sollen Unterausschüsse gebildet werden, in denen für Brot und Mehl das Bäckergewerbe, der Mehlhandel und die Verbraucher, für Fleisch die Metzger, die Viehhändler und die Verbraucher vertreten sein. Ins Auge gefaßt ist auch eine schärfere Kontrolle der Kommunalverbände seitens der Regierung, die man dadurch zu erreichen sucht, indem man die Landeskommissäre mit der direkten Aufsicht über die Kommunalverbände betraut. Ein von dem Landeskommissär bestellter, kaufmännisch gebildeter Beamter hätte in bestimmter Reihenfolge die Revisionen vorzunehmen, sich um die Warenlagerungen zu bekümmern und sonst nach dem Rechten zu sehen. Dies die Gedankengänge, aufgrund deren eine Neuorganisation der Kommunalverbände in die Wege geleitet werden soll.

Aus dem badischen Schulwesen.

oc. Karlsruhe, 29. April. Der Minister des Kultus und Unterrichts Hummel gibt im neuesten Schulverordnungsblatt bekannt, daß er infolge Geschäftsüberlastung bitten muß, bis auf weiteres persönlich Besuche möglichst einzuschränken. Aus diesem Grunde ist die allgemeine Sprechzeit auf jeden Mittwoch während der üblichen Dienststunden von ihm festgesetzt worden. Außer dieser Zeit nimmt Minister Hummel nur in dringenden Fällen auf vorherige schriftliche Anmeldung Besuche entgegen.

Die Wahlen zu dem neuzubildenden Landesschulbeirat und zu den Kreis- und Stadtschulbeiräten finden erst am Mittwoch, den 28. Mai, statt. (Zahlreiche Lehrerorganisationen haben bekanntlich, da sie mit der Art der Einrichtung dieser neuen Beiräte nicht einverstanden sind, Wahlenthaltung erklärt.)

Am 28. Juli ds. Js. wird am Lehrerseminar II in Karlsruhe eine besondere Dienstprüfung für Kriegsteilnehmer abgehalten. An der Turnlehrer-Bildungsanstalt Karlsruhe finden vom 19. bis 22. Mai für Lehrerinnen der Höheren Mädchenschulen und vom 2. bis 6. Juni für Lehrer der Volks- und Fortbildungsschulen Turnspielkurse statt.

* * *

oc. Karlsruhe, 29. April. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung über die Bekämpfung der Bisamratte erlassen, da die Bisamratte ein für Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Erd- und Wasserbauten gemeingefährliches Tier ist. Zu wissenschaftlichen Zwecken dürfen lebende Bisamratten nur mit bezirksamtlicher Genehmigung gehalten werden.

oc. Karlsruhe, 30. April. Minister Dietrich und Staatsrat Dr. Haas haben sich nach Berlin begeben, um die badischen Interessen beim Abschluß des Friedensvertrages, vor allem die Oberrhein-Wasserkräfte, zu vertreten.

oc. Mannheim, 30. April. Die deutsche Kommission in Spaa hat Protest gegen französische Uebergriffe an der Rheinbrücke erhoben. Es ist oft vorgekommen, daß tausende von Arbeitern stundenlang an der Brücke warten mußten und von den alliierten Offizieren und Mannschaften in rohester Weise mit Fußtritten, Kolbenstößen usw. mißhandelt wurden.

oc. Billingen, 30. April. Auf dem Schwarzwald ist starker Schneefall eingetreten.

Konstanz, 27. April. Der Bad. Presse wird von hier geschrieben: Die Schweizer Banken wissen nicht mehr wohin mit den vielen Einlagen. Spricht man doch von 35 Milliarden deutschen Geldes, das dort niedergelegt sein soll. Das ist sehr glaubhaft, wenn man weiß, wie durchlöchert der Grenzschutz ist. So wird es kommen, daß die meisten Kriegsgewinne verduftet sind, bis die Reichsregierung daran geht, die Finanzen zu ordnen. Was dann?

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* Emmendingen, 2. Mai. Der Mai scheint mit dem Wetter dem April folgen zu wollen, denn die mit Beginn des Monats erwartete bessere und hauptsächlich wärmere Witterung ist nicht eingetreten. Immerhin hatten die Teilnehmer an der gestrigen sozialistischen Maifeier insofern Glück, als während des Vormittags die Schleusen des Himmels geschlossen blieben und der drohende Regen erst nachmittags einsetzte. So konnte die hiesige Feier programmäßig vor sich gehen. Vormittags 9 Uhr bewegte sich ein stattlicher Festzug mit 2 Musikkapellen (Stadtmusikkapelle und Arbeitermusikkapelle) vom Festplatz hinter der Schule durch einige Straßen der Stadt nach dem Marktplatz. Zahlreiche rote Fahnen und Tafeln mit Inschriften wurden mitgeführt. Freie Turner, Radfahrer und ein stattlicher Flor von weißgekleideten Festjungfrauen nahmen daran teil. Vom Balkon des Rathauses aus hielt das Mitglied des deutschen Nationalversammlung Herr Riedmüller eine Ansprache, in welcher er auf den 30 Jahre zurückliegenden Ursprung des Weltfeiertags am 1. Mai und auf die Bedeutung des Tages hinwies. Betreffs des Friedensschlusses führte Redner aus, die sozialdemokratische Partei werde keinen Frieden unterzeichnen, der dem deutschen Volke nicht gerecht werde. Weiter trat Redner energisch für die Freigabe der deutschen Gefangenen ein und schließlich seine Ansprache in ein Hoch auf die badische, deutsche und internationale Sozialdemokratie ausklingen. Eingeräumt war die Rede von Musik- und Gesangsvorträgen, welch letztere der Arbeitergesangverein Liedertranz vortrug. Nachmittags fanden sodann noch in den beiden überfüllten Sälen „Bauß" und „Dreikönig" unter Mitwirkung der genannten Vereine Festfeiern statt, die — wie wir hören — beide einen gleichfalls befriedigenden und für die Teilnehmer schönen Verlauf nahmen.

* Emmendingen, 2. Mai. Die 1. Mannschaft des hiesigen Fußballvereins trat am letzten Sonntag gegen die 1b-Mannschaft des Offenburger Fußballvereins im Spiel um die Bezirks- bezw. Gaumeisterschaft an, nicht gegen die 1. Mannschaft, wie infolge eines Fehlers zu lesen war.

⊠ Emmendingen, 2. Mai. Wir werden gebeten, bekanntzugeben, daß das Offizierkorps des Ersatz-Infanterie-Regiments Nr. 29 ein Kapital gesammelt hat, dessen Zinsen Hinterbliebenen von Regimentsangehörigen zugute kommen sollen, und zwar an zehn Familien bis zu 100 Mk. pro Person. Bewerber wollen sich unter Vorlage einer amtlichen Bescheinigung darüber, daß der Ehemann als Angehöriger des Regiments gefallen ist, ferner über Anzahl und Alter der Kinder und über die Bedürftigkeit an Oberst a. D. Alberti in Hannover, Gretchenstraße 37, wenden.

oc. Erhöhung der Expreßgut- und Gepäckbestellgebühren. Wegen Verteuerung der Fuhrhaltung werden mit Wirkung vom 1. Mai bei den badischen Gepäck- und Expreßgut-Bestellstellen die seitherigen Gebühren für Zustellung und Abholung von Expreßgut um 50 Prozent erhöht. Die Erhöhung der Gepäckbestellgebühren beträgt bei Stücken über 25 Kilogramm ebenfalls 50 Prozent, bei kleinerem Gepäck 25 Prozent.

Stadttheater Freiburg im Breisgau. Kommenden Sonntag, den 4. Mai 1919, geht die anmutige Operette „Der Vogelhändler" von Zeller in Szene. Die Hauptrolle, der köstliche Adam, wird von Herrn Max Dornbusch dargestellt, eine Leistung, gleich hervorragend an Humor wie von stimmlicher Qualität. Die übrigen Rollen liegen vornehmlich in den Händen von Fräulein Gerold, Arlow, Wolf und der Herren Ander, Prögl, Kallenberger, Gutmann und Klante. Die schwungvolle musikalische Leitung des Werkes ist Herrn Dr. Berend anvertraut. Vorbestellungen können wie immer schriftlich und telephonisch (Rufnummer 400) gemacht werden.

(:) Endingen a. K., 1. Mai. Die Kirschenblüte schreitet infolge der gegenwärtigen kalten Temperatur nur sehr langsam fort. Die meisten Kirschbäume zeigen eine rötliche Farbe, was wohl die Kälte verursacht hat. Eine Untersuchung der Blüten an verschiedenen Bäumen ergab folgendes Resultat: von zirka 10—12 Blüten waren nur 2—3 Fruchtknollen verdorben. Es besteht also noch Hoffnung auf eine mittelmäßige Kirschenernte, vorausgesetzt, daß bald wärmere Witterung eintritt und daß wir vor Frost bewahrt bleiben.

)=(Sasbach a. K., 30. April. Der hiesige Bürgerausschuß nahm in seiner gestrigen Sitzung Stellung zur Gemeinderats- und Bürgerausschußwahl. Es wurde einstimmig beschlossen, die Zahl der bisherigen Gemeinderäte (6) und des Bürgerausschusses (36) auch in Zukunft beizubehalten; ferner wurde einstimmig beschlossen, den Dienstvertrag des bisherigen Gemeindewaldhüters, welcher seinen Dienst infolge vorgeschrittenen Alters nicht mehr zur Zufriedenheit versehen kann, zu kündigen. An jüngeren Bewerbern soll es nicht fehlen.

)=(Sasbach a. K., 1. Mai. Die hiesige Bürgervereinigung hat beschlossen, zur bevorstehenden Gemeinderats- und Bürgerausschußwahl eine eigene Liste aufzustellen.

Die Allwördens.

Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

20) (Nachdruck verboten.)

Erich verstand die Mutter sofort — hatte sie wirklich den Gedanken noch gehabt, daß — — —

Er schüttelte energisch den Kopf.

„Mutter, was gehen mich diese Kinder an? Und wenn es drei Söhne wären, mich kümmerte es nicht. Aber Lore soll nicht dahin gehen. Bedenke, was daraus entstehen könnte."

„Was fürchtest du, mein Bub? — Wir haben doch nichts zu befürchten!" Sie lächelte in eigener Weise. „In dem einfachen Fräulein Lora Berger wird niemand die Komtesse Eleonore Allwördens vermuten, die Lore im Grunde doch ist."

„Mutter, wir sind doch sonst in allem immer einer Meinung gewesen — so gieb mir doch hier nach! Mir widerstrebt es, Lore da eine doch immerhin untergeordnete Stellung einnehmen zu sehen, wo ihr doch von rechtswegen ein ganz anderer Platz zukommt."

„Es ist ja nicht für immer, Erich."

Er sah sie scharf an.

„Mutter, du beabsichtigst etwas."

„Nein, nicht", entgegnete sie mit unheimlicher Ruhe, „warum soll Lori denn nicht das Haus ihres Vaters, ihn selbst und ihre — Geschwister kennen lernen?"

„Und du willst sie dort Demütigungen aussetzen, die ihr mit tötlicher Sicherheit von der Gräfin kommen werden?"

„In keiner Stellung bleiben ihr solche erspart. Sie wird sich auf Lengefeld auch nicht schmerzlicher fühlen als anderswo. Noch genug, mein Bub. Wir wollen uns weitere Worte darüber ersparen. Ich wiederhole, daß ich das als von Gott gewollt betrachte. Lori wird ja nie etwas erfahren."

Frau Berger hatte ihren Willen durchgesetzt. Trotz der heimlichen Hoffnung Erichs, daß die Wahl der Gräfin Allwördens vielleicht nicht auf Lori fiel, wurde die Schwester engagiert. Und am vierzehnten September reiste sie ab.

Mit einer fast schmerzlichen Innigkeit schloß Frau Maria die Tochter beim Abschied in die Arme — es war ja die erste Trennung . . .

„Du schreibst mir gleich, Lore, hörst du? Verschweige mir nichts!" flüsterte sie mit erstickter Stimme, „das Geringste aus deiner Umgebung hat Interesse für mich — auch das, was dir wohl

Auf Grund des § 71 der Reichsgetreideordnung vom 21. April 1918 (R. G. Bl. S. 438 ff.) wurde die Mühle des Christian Bührer (Schüttle-Mühle) hier wegen Unzuverlässigkeit in der Besolgung der ihr durch die Reichsgetreideordnung auferlegten Pflichten mit sofortiger Wirkung geschlossen. 2864

Selbstversorger dürfen demgemäß ihr Brotgetreide, Gerste, Hafer oder Mais in dieser Mühle nicht mehr mahlen lassen.

Emmendingen, den 29. April 1919.

Bad. Bezirksamt.
Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Die Gemeindewahlen, die Wahlen der Bezirksräte und der Kreisabgeordneten betr.

Die Wählerliste für die Gemeindewahlen (Wahl der Gemeindeverordneten), welche zugleich Abstimmungsliste für die Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten ist, ist aufgestellt und liegt

— acht Tage —

lang vom Mittwoch, den 30. April bis einschl. Mittwoch, den 7. Mai ds. Js. zur Einsicht der Beteiligten im Rathause (Polizeizimmer) öffentlich auf.

Während dieser Frist können Einsprachen beim Gemeinderat vorgetragen werden; nach Ablauf der Frist sind Einsprachen nicht mehr zulässig und es können sich nur die in der Wählerliste Eingetragenen an der Wahl beteiligen.

Wahlberechtigte Einwohner sind die Angehörigen des Deutschen Reiches, ohne Unterschied des Geschlechtes, welche mindestens 20 Jahre alt sind und seit 6 Monaten, vom Tage des Ablaufs der Einsprachsfrist gegen die Wählerliste — 7. Mai zurückgerechnet, in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben. 190

Von dem Erfordernis des Wohnsitzes im Gemeindebezirk seit 6 Monaten kann durch den Gemeinderat im einzelnen Falle Nachsicht erteilt werden.

Maßgebend ist der Wohnsitz im Sinne des bürgerlichen Rechts.

Für Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen genügt für ihre Wahlberechtigung der Wohnsitz, welchen sie zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste haben.

Emmendingen, den 26. April 1919.

Der Gemeinderat:

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Emmendingen gibt an hiesige Einwohner aus dem Stadtwalde 195

Bohnenstecken

ab. Bestellungen sind am Freitag, den 2. Mai und Samstag, den 3. Mai 1919 auf der Polizeistube zu machen.

Der Tag der Abgabe wird später wieder bekannt gegeben.

Emmendingen, den 28. April 1919.

Das Bürgermeisteramt:
J. V.: Dürr.

Bekanntmachung.

Fleischversorgung betr.

In dieser Woche wird statt Fleisch 200

150 Gramm Fleischwurst

(15 Gramm auf den Abschnitt der Fleischkarte) auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben.

Emmendingen, den 30. April 1919.

Städt. Lebensmittelamt.

Städtische Frauenarbeitsschule
Emmendingen.

Schulanfang: Dienstag, den 6. Mai, vorm. 8 Uhr.

Anmeldungen: Montag, den 5. Mai nachm. 3—4 Uhr

im Schullokal, Hebelstr. Nr. 1, I. Stock.

Die Frauenarbeitsschule hat die Aufgabe, durch gründlichen theoretischen und praktischen Unterricht, Töchter aller Stände in verschiedenen Zweigen der weiblichen Handarbeit, sowohl fürs Haus, als auch zur Gründung eigener, selbständiger Existenz, heranzubilden.

Emmendingen, den 28. April 1919.

Das Bürgermeisteramt:
Rehm.

Gewerbe- und Handelsschule
Emmendingen.

Am Montag, den 5. Mai, vormittags 8 Uhr Anmeldung der neueingetretenen Schüler.

Schulpflichtig sind alle in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben der Stadt Emmendingen beschäftigten Arbeiter (Lehrlinge, Gesellen und Gehilfen) beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

Die Anmeldung hat sofort nach Eintritt in das Geschäft zu erfolgen, nicht erst mit Ablauf der Probezeit.

Auswärtige Schüler werden nur aufgenommen, wenn sie sich bei Beginn der Lehrzeit anmelden. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Am Dienstag, den 6. Mai, vormittags 8 Uhr haben sämtliche Schüler zu erscheinen zur Entgegennahme der Stundenpläne und Abgabe der Zeugnisbücher.

Emmendingen, den 30. April 1919. 199

Der Schulvorstand:
Luger, Rektor.

Empfehle mein grosses Lager in 2685

Damen-, Mädchen-, Kinderhüten

Olga Wendling, Freiburg i. Br.

Damenhutgeschäft Eisenbahnstr. 46.

Auch werden Aenderhüte angenommen.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Erben der Georg Jakob Siegrist, Briefträgers Eheleute in Emmendingen wird das unten beschriebene Grundstück der Gemarkung Emmendingen am

Freitag, den 16. Mai, nachmittags 2 Uhr

im Amtszimmer des Notariats I (Amtsgerichtsgebäude Zimmer Nr. 18) einer öffentlichen freiwilligen Versteigerung ausgesetzt, wobei der Zuschlag erteilt wird, wenn mindestens der Schätzungspreis geboten wird. 2848

Beschreibung des Grundstücks:

Lgb. Nr. 192, 0 a 43 qm Hofraite im Ortsetter.
Hierauf steht ein zweistöckiges Wohnhaus mit Balkenkeller.
Anschlag 1900 Mk.

Emmendingen, den 30. April 1919.

Bad. Notariat I.

Deutsch-Demokr. Partei
Emmendingen.

Einladung

zur außerordentlichen

Generalversammlung

am Freitag, den 2. Mai 1919, abends 8 Uhr im kleinen Saale der „Brauerei Bantz".

Tagesordnung:

1. Neuwahlen zum Vorstand
2. Aenderung der Kandidatenliste für die Bürgerausschußwahl.

Um zahlreiches Erscheinen bittet 2839

der Vorstand.

Vereinigung „Amicitia"
Emmendingen.

Sonntag, den 4. Mai 1919 2860

Ausflug

nach **Denzlingen**, wozu wir unsere Mitglieder, sowie die Damen, die sich angemeldet haben, freundlichst einladen. Abfahrt 1[15] nachm.

Der Gesamt-Vorstand.

Bad Kirnhalden.

Sonntag, den 4. Mai 1919

Eröffnung der Badesaison,

Nachmittags von 8 Uhr ab

Tanzbelustigung. 2376

Erklärung!

Vielen Anfragen, ob beim Ankauf von Alt-Gold, Alt-Silber, Edelsteinen, Brillanten und sonstigen Schmuckstücken höchste Tageskurse bestehen, zur Mitteilung, dass beim Ankauf obiger Gegenstände ein Tageskurs überhaupt nicht besteht. Die Preise werden im allgemeinen von dem Geschäftsinhaber festgesetzt und solche sind zur Zeit sehr hoch.

Hochachtungsvoll 2684

Friedrich Wagner,
Rempartstr. 11, III. Stock.

Altes bekanntes Geschäft in Freiburg. Ankauf obiger Gegenstände geg. sof. sehr hohe bare Bezahlung.

Freiwillige vor!

Gediente und ungediente, die Ihr gewiss mit Stolz den Kampf der braven Ostafrikaner verfolgt habt,

Hört den Ruf des Vaterlandes u. der Pflicht

Schart Euch zusammen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Grenzen zu schützen.

Tretet ein bei der Freiwilligen-Division

Lettow

des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps

Annahme zu den bekannten Bedingungen. Für freie Reise nach Berlin wird Sorge getragen.

Schriftliche Meldungen an die Werbezentrale der Division, Charlottenburg b. Berlin, Kaiserdamm 1-12.

von Lettow-Vorbeck,
Generalmajor.

2804

Kurzschrift-Verein „Stolze-Schrey
Emmendingen.

Gegründet 1909. Gegründet 1909. 2880

Samstag, 3. Mai, abends 8 Uhr findet im Nebenzimmer der **Brauerei Schaffhauser** eine

ausserordentliche Hauptversammlung

statt. Unsere Mitglieder und alle dem Verein noch fernstehenden Schriftfreunde werden um ihr Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

6. Badisches Freiwilligen-Bataillon

Achtung!

Um Zweifel zu beheben wird bekannt gegeben, daß solange das Bataillon nicht in die Reichswehr übernommen ist, wie bei anderen Freiwilligen-Bataillonen Mk. 4,— tägliche Zulage bezahlt werden.

Förster,
Major u. Batl.-Kommandeur.

Briefe . . . . . Listen

HEINRICH SCHUMACHER
FREIBURG IM BREISGAU
SCHLOSSBERGSTRASSE 6 b — TELEFON 2287
MODERNES
VERVIELFÄLTIGUNGS-KONTOR
MASCHINENSCHREIBEREI

Schriftsätze . . . . . aller Art!

Kronen-Drogerie

Salzstr. 16 **Alfred Hübenthal** Salzstr.
Freiburg i. Br.

Parfümerien :: Toilettenartikel
Kunstmalutensilien :: Med. u. Techn. Drogen, Haushaltungsartikel
Sämtliche Artikel zur Wäsche
Streichfertige Oel- u. Lackfarben 2841

— Tierarzneimittel —

Futterkalk usw. :: Wanzentod, Ungeziefermittel

Die Motten kommen!

Borax eingetroffen.

Vor dem Kriege langjähriger Assistent bei Prof. Lickteig in Strassburg habe ich mich in

Freiburg i. Br., Friedrichstr. 2a

2848 als

prakt. Zahnarzt

niedergelassen.

Sprechstunden: 9—12 und 2—5.

Wilhelm Wagner
prakt. Zahnarzt.

Telephonanschluss beantragt.

Ein Versuch wird Sie von der Güte der Ware überzeugen.

Prima Reinigungs-Waschmittel
(Gelber Borgasta)
Salmiakgeist, Seifenpulver etc.

Ia. Parkett-Bohnerwachs

Stahlspäne — Terpentinöl-Ersatz
Fussboden-Stauböl

Sämtliche Artikel für Maschinenbetrieb u. Gewerbetreibende

wie u. a. Maschinenöle, Fette, Putzwolle, Beizen, Farben, Schmirgel, Polituren und Lacke

Klebstoffe - Leim

Chemikalien, Säuren, Teerprodukte, wie Karbolineum erhalten Sie billigst direkt durch 2840

Fa. Hugo Hasencamp
Handelsagentur, Freiburg i. B.
Talstr. 15. Talstr. 15.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 102 (Evans: † Erfindung) Emmendingen, Samstag, 3. Mai 1919. (Rath: † Erfindung) 54. Jahrgang

Erstes Blatt.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 3. Mai. Die Sitzung des Friedensausschusses, die unter dem Vorsitz des Präsidenten der Nationalversammlung, Fehrenbach, gestern Freitag abend im Saale des Reichsfinanzministeriums stattfand, und an der die meisten Reichsminister sowie Graf Bernstorf teilnahmen, wurde vom Ministerpräsidenten Scheidemann mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in der er die Mitteilung machte, daß die Bedingungen des Vorfriedensvertrages frühestens am Montag kommender Woche überreicht würden. In der Sitzung gab u. a. Erzberger Aufschluß über die Gründe, die zu der Note an Marschall Foch über die drohende Angriffsgefahr seitens der Polen geführt haben. Als militärische Gründe bezeichnete er, daß sich seit dem 15. April die Verletzungen des Waffenstillstandes von polnischer Seite sehr stark gehäuft haben. Es sei weiter bemerkenswert, daß Truppen der Armee Haller, die ursprünglich für Chojm und Przemysl bestimmt waren, an die oberschlesische Grenze befördert worden sind. So wurden u. a. bei Sosnowice zwei Regimenter Polen mit Tanks festgestellt. Die mitgeführten Tanks lassen deutlich darauf schließen, daß es sich um Angriffsabsichten der Polen handelt. — Der Kriegsminister stellte fest, daß seit der Verstärkung der Polen durch die Armee Haller das bisher bestehende Gleichgewicht der Kräfte zu Ungunsten unserer Truppen verschoben sei. Jedoch liege für den Augenblick keine Gefahr vor. — Der Friedensausschuß befaßte sich weiter mit der Frage der zweckmäßigkeit und Möglichkeit, die Nationalversammlung von Weimar nach Berlin zu verlegen. Der Präsident des Reichsministeriums erklärte hierzu, daß die Gründe, die seinerzeit für die Uebersiedelung nach Weimar sprachen, nur noch zum Teil bestehen. Die Regierung habe der Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin, falls geeignete Lösung gefunden wird, Bedenken nicht mehr entgegenzusetzen. Um aus dem unerträglichen Zustand herauszukommen, daß das Plenum in Weimar und der Friedensausschuß in Berlin tagt, schlug der Ministerpräsident vor, die Sitzungen des Plenums vorläufig aussetzen zu lassen. Nach längerer Aussprache teilte Präsident Fehrenbach als Ergebnis der Versammlung mit, die Mitglieder des Ausschusses sollten sich jederzeit zur Verfügung halten, um an dem bei der entsprechenden Gelegenheit sofort bekanntgegebenen Termin tagen zu können. Die Sitzung des Plenums, die für Dienstag angekündigt war, fällt aus. Ueber die Tagung der Nationalversammlung ließ sich noch kein endgültiger Beschluß fassen.

WTB. Berlin. 2. Mai. Eine Verlautbarung des Reichswehrministers Noske erneuert das Verbot des Erscheinens und der Verbreitung der „Roten Fahne" sowie der „Republik". Die „Weltrevolution" darf dagegen wieder erscheinen.

Die Vorgänge in Bayern.

Berlin. 2. Mai. (Privattelegramm.) Wie die Vossische Zeitung aus zuständiger Stelle erfährt, hat der konzentrische Einmarsch in München um 12 Uhr mittags begonnen. Zu diesem Zeitpunkt war München so vollständig eingeschlossen, daß der Einmarsch auch in den südlichen Stadtteilen, in denen die Spartakisten den heftigsten Widerstand vorbereitet hatten, erfolgen konnte. Von den Führern der Spartakisten wurde Dr. Landauer und der Führer der Roten Armee, Egelhofer, verhaftet. Nachmittags sollte das Obekommando Generalleutnant v. Oven seinen Einzug halten.

WTB. Augsburg, 2. Mai. (Amtlich.) Regierungstruppen haben von Pasing aus die Schwanthalerhöhe besetzt.

Die Friedensverhandlungen in Versailles

WTB. Versailles, 2. Mai. Echo de Paris teilt mit, daß bei der Ueberreichung des Vertrages nur die ersten Delegierten der vertragschließenden Mächte, also für Deutschland nur Graf Brockdorff-Rantzau, zugegen sein werden. Der Vertrag werde 15 bis 20 Kapitel umfassen. Die ersten Kapitel würden die Gründe des Eintritts der alliierten und assoziierten Mächte in den Krieg darlegen und die Notwendigkeit eines Völkerbundes betonen, ferner die Grenzen Deutschlands, militärische, maritime und die Bestimmungen über Luftschiffahrt, die deutschen Kolonien usw. behandeln. Die Kapitel über die Wiedergutmachung und die Wirtschaftsfragen würden noch verarbeitet. Weitere Kapitel beträfen die Arbeitergesetzgebung und die Garantien für die Durchführung der Vertragsklauseln. Ein Auszug des Vertrages werde am Sonntag der Presse mitgeteilt werden. Den Wortlaut wird Clemenceau am 15. Mai der Kammer vorlegen.

Berlin. 3. Mai. (Privattelegramm.) Verschiedene Blätter geben unter starkem Vorbehalt eine aufsehenerregende Meldung amerikanischer Blätter aus Paris wieder, wonach der Dreierrat am 1. Mai beschlossen habe, mit den deutschen Delegierten keine mündlichen Unterhandlungen zu führen. Es würde den deutschen Delegierten 14 Tage Zeit gelassen werden, um ihre Einwände schriftlich zu formulieren. Die Alliierten würden fünf Tage gebrauchen, um die Einwände zu prüfen. Danach werde man den Entwurf den Deutschen zurückgeben.

Berlin, 3. Mai. Wie aus Wien gemeldet wird, hätte der oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, die österreichischen Delegierten einzuladen, sich mit Vollmachten versehen am 12. Mai abends in St. Germain à Laye einzufinden, um die Friedensbedingungen mit den Alliierten zu prüfen.

* * *

WTB. Berlin, 30. April. Gegenüber der Meldung der Berliner Morgenblätter, daß sich unter dem Nützeug unserer nach Versailles abgereisten Unterhändler eine Anzahl wichtiger Dokumente befänden, namentlich militärischer Art, die für Belgien sehr belastend sind, erfährt die „Deutsche Allg. Zeitung" von zuständiger Stelle: An der Nachricht ist kein wahres Wort. Selbstverständlich sind unsere Unterhändler mit allem Material versehen, dessen sie für die Auseinandersetzung in Versailles bedürfen. Was aber insbesondere Belgien betrifft, so ist die Stellung der deutschen Regierung durch die verschiedenen Erklärungen der maßgebenden Regierungsvertreter, zuletzt des Reichsministers des Auswärtigen Grafen Brockdorff-Rantzau, hinreichend geklärt. Als durchaus unerwünscht muß es bezeichnet werden, wenn gerade jetzt, wo in Versailles über die Bedingungen des Friedens verhandelt werden soll, die Vertretung des deutschen Standpunktes durch derartige in keiner Weise begründeten Nachrichten erschwert wird.

WTB. Berlin, 2. Mai. Der „Vorwärts" gibt folgende Mitteilung eines Korrespondenten aus Paris wieder: „Mit Staat von aller Welt abgeschlossen, empfangen keine Besuche, keine Nachrichten außer den Zeitungen, die jedoch am 1. Mai nicht erschienen sind. Die Absperrung ist heute, am 1. Mai, noch strenger. Die ganze Delegation muß von 2 bis 6 Uhr nachmittags im Hotel Du Reservoir bleiben, wo ihr der Park zur Verfügung steht." Aus alledem erfolgt, daß keine Verbindung zwischen den Pariser Genossen und den deutschen Sozialdemokraten besteht.

Zum Streit um Fiume.

WTB. Paris, 30. April. Reuter berichtet: In Rom wurde heute eine vom Präsidenten Wilson am 14. April der italienischen Delegation überreichte Denkschrift über die Frage der italienischen Ansprüche in der Adria veröffentlicht.

In der Denkschrift heißt es u. a.: Persönlich bin ich ganz damit einverstanden, daß Italien auf seiner ganzen Nordgrenze und überall, wo es mit österreichischem Gebiet in Kontakt kommt, all das zugestanden wird, was ihm im sog. Londoner Vertrag zugestanden wurde. Aber ich bin andererseits auch absolut der Ansicht, daß der Londoner Vertrag auf die Regelung seiner Ostgrenze nicht mehr länger in Anwendung gebracht wird. Die im Londoner Vertrag gezogenen Linien hatten zum Zweck, Italien eine absolut sichere Grenze gegen jede mögliche Feindseligkeit oder gegen sonstige Angriffe von Oesterreich-Ungarn zu geben. Aber Oesterreich-Ungarn besteht nicht mehr. Diese Ostgrenze wird sich an Länder anschließen, die der militärischen und merkitimen Macht Oesterreich-Ungarns entrissen sind, vollständige Unabhängigkeit von Oesterreich erhalten haben und so organisiert werden, daß sie die legitimen nationalen Aspirationen erfüllen. Diese Staaten sind der neueuropäischen Ordnung nicht feindlich gesinnt. Ich schließe mich der Ueberzeugung an, daß die Häfen Triest, Pola und mit ihnen der größte Teil der Halbinsel Istrien an Italien abgetreten wird. Meines Erachtens würde der Einschluß Fiumes oder irgendeines Teiles der Küste südlich Fiumes in die Grenzen des italienischen Königreiches nicht gerechtfertigt sein. Fiume ist seiner Lage und unter allen Umständen seiner Entwicklung nach nicht ein italienischer, sondern ein internationaler Hafen, der am Rande östlich und nördlich des Meerbusens von Fiume liegt. Ich glaube, daß man gemeinsam übereinkommen muß, daß die Insel Lissa Italien abgetreten wird und daß es den Hafen Valona erhält. Ich bin der Ansicht, daß man allgemein übereinkommen wird, daß die Befestigungen, die die österreichisch-ungarische Regierung auf den Inseln in der Nähe der östlichen Küste der Adria errichtet hat, für immer und unter internationaler Bürgschaft geschleift werden und daß die Abrüstung, die unter dem Völkerbund vor sich gehen wird, den Staaten an der Ostküste der Adria so gering: Streitkräfte belassen wird, als für die Beaufsichtigung der Gewässer oder der Inseln und der Küsten notwendig sind. Italien erreicht bei einer solchen Regelung gewiß die großen historischen Ziele, die sein Volk solange im Auge hatte. Die historischen Ungerechtigkeiten, die ihm von Oesterreich zugefügt wurden und die lange Reihe ungerechter Staatsaktionen, die, wir ich hoffe, bald aus dem Gedächtnis der Menschheit verschwinden werden, sind vollständig wieder gutgemacht.

* * *

Nach dem Lokalanzeiger wird in Berichten aus Paris gemeldet, daß Orlando dem Präsidenten Wilson einen neuen Vorschlag zur Lösung der Fiumefrage angekündigt habe. Frankreich und England werden diesen Vorschlag unterstützen.

Berlin, 2. Mai. In italienischen Parlamentskreisen wird die demnächstige Rückreise der italienischen Delegierten für wahrscheinlich gehalten. Die Regierung habe die weiteren Volkskundgebungen für Fiume und Dalmatien verboten.

Ein Zusammenstoß französischer und italienischer Truppen bei Fiume.

WTB. Agram, 29. April. Korr.-Büro. Verspätet eingetroffen. Französische Truppen haben die Brücken zwischen Fiume und Sussek besetzt, wo die Italiener die Absicht hatten, nach Sussek vorzudringen, welche von serbischen Bataillonen gehalten wurde. Der französische Kommandant hat die Italiener verständigt, daß er jeden Uebergangsversuch mit Waffengewalt verhindern werde. Am Mittwoch erfolgte der erste Zusammenstoß zwischen französischen und italienischen Truppen, die nach Sussek vordringen wollten. Es kam zu einem Feuergefecht. Die Italiener mußten sich zurückziehen und ließen drei Verwundete zurück. Englisches Militär hat Sussek besetzt.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 3. Mai. Laut Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus dem Haag erklärte der Führer der südafrikanischen Nationalen, General Herzog dem Londoner Korrespondenten des Nieuwe Rotterd. Courant, daß seine Partei die Wiedergutmachung des Unrechtes von 1902 fordere. Wenn die britische Regierung nicht geneigt sei, diese Wünsche zu erfüllen, werde die Deputation sich direkt an die Pariser Konferenz wenden.

Berlin, 3. Mai. Wie der Lokalanzeiger berichtet, geht die ungarische Rote Armee divisionsweise zu den rumänischen Truppen über. In ihren Reihen habe sich eine ungarische Gegenregierung gebildet, an deren Spitze ehemalige Regierungsmitglieder ständen.

WTB. Berlin, 30. April. (Privattelegramm.) Laut „Voss. Zeitung" fehlt in den Berichten über die aufsehenerregenden Aeußerungen Fochs gegenüber einem Berichterstatter der „Daily Mail", die in der Pariser Presse nicht veröffentlicht werden dürfen, eine sehr wichtige und sehr bezeichnende Stelle. Dana hagte Foch bezüglich der August-Offensive 1918: Der Augenblick für den allgemeinen Vormarsch war gekommen. Ich befahl General Rudant, anzugreifen. Er meldete, er habe keine Reserven zur Verfügung. Ich befahl trotzdem den Angriff. Gleichzeitig gab ich Marschall Haig den Angriffsbefehl. Auch dieser meldete, daß ihm keine Reserven zur Verfügung stünden. Ich bestand trotzdem auf meinem Befehl. — Die „Voss. Zeitung" bemerkt: Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß die Reserven der Alliierten vor dem allgemeinen Vormarsch gegen die belgisch-deutsche Grenze erschöpft waren und daß Foch es auf gut Glück ankommen ließ.

WTB. Stockholm, 2. Mai. Wie „Aftonbladet" meldet, soll der schwedisch-Konsul in Riga durch die Bolschewisten verhaftet worden sein. Das schwedische Auswärtige Amt hat bereits eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch dadurch erschwert ist, daß alle telegraphischen Verbindungen mit Riga abgebrochen sind.

WTB. Stockholm, 2. Mai. Laut Stockholms Tidningen hat die schwedische Marineverwaltung in einer Eingabe der Regierung vorgeschlagen, daß Schweden für den Betrag von einer Million Minensuchboote in Deutschland erwerben soll.

WTB. Amsterdam, 30. April. Wie die „Niederländische Telegraphenagentur" aus Newyork meldet, sind einer Mitteilung der Newyorker Arbeiterbörse zufolge augenblicklich in Newyork 100 000 Demobilisierte erwerbslos.

WTB. Rotterdam, 30. April. Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" meldet der Dubliner Korrespondent der „Times", daß die Stimmung in Irland immer erbitterter werde und daß die Regierung sofort handeln müsse, wenn sie die Irin nicht zur schrecklichen Gewalt treiben wolle.

WTB. Rotterdam, 30. April. Dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" wird aus Washington gemeldet, daß ein Amerikaner in hoher amtlicher Stellung erklärte, daß das angekündigte englisch-französisch-amerikanische militärische Bündnis zur Unterhaltung von Truppen an der Rheingrenze zum Schutze Frankreichs zum Abschluß gelangt sei. Die Einzelheiten seien vorläufig geheim.

WTB. Versailles, 2. Mai. Zur Feier des 1. Mai ruhte gestern in ganz Frankreich die gesamte Arbeit. In Paris waren alle Betriebe, Fabriken und Geschäfte geschlossen. Automobile, Droschken, Omnibusse und die Straßenbahn verkehrten nicht.

Zu Hindenburgs Rücktritt.

WTB. Berlin, 2. Mai. Zu der bevorstehenden Auflösung des Großen Hauptquartiers und dem damit verbundenen Rücktritt des Generalfeldmarschalls von Hindenburg sagt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Durch alle Erschütterungen der letzten Kriegsjahre und der Revolution hindurch harrte er in vorbildlicher Treue auf seinem Posten aus. Die Größe der von ihm geleisteten Arbeit läßt sich auch heute noch nicht annähernd zutreffend beurteilen. Das ganze deutsche Volk, Es sind wir ge-